

Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften – Verein für Socialpolitik –

Vorsitzender: Prof. Dr. Dr. h. c. Heinz König, Universität Mannheim
Stellvertr. Vorsitzender: Prof. Dr. Alfred Kieser, Universität Mannheim
Schatzmeister: Prof. Dr. Dr. h. c. Leonhard Gleske, Deutsche Bundesbank, Frankfurt/M.
Geschäftsführer: Dr. Horst Kräger, Universität Mannheim
Schriftführer: Dr. Winfried Pohlmeier, Universität Mannheim
Geschäftsstelle: Seminargebäude A 5, D-6800 Mannheim 1, Tel. (06 21) 2 92 - 34 57 / 27 27

Berichte aus der Arbeit der Gesellschaft

Ausschuß für Unternehmenstheorie und -politik

Die 21. Sitzung des Ausschusses, die am 26. und 27. April 1991 in Bendorf (Rhein) stattfand, stand unter dem Generalthema „Aktuelle Probleme der Produktion“. Es wurden vier Referate gehalten und diskutiert.

Im Vortrag von Prof. Dr. H. Dyckhoff (RWTH Aachen) „Aktuelle Entwicklungen der Produktions- und Kostentheorie unter besonderer Berücksichtigung des Umweltschutzes“ wurde ein produktionstheoretischer Ansatz zur organischen Integration des Umweltschutzes in die Unternehmenstheorie vorgestellt. Indem die traditionelle Theorie von der Gewinnmaximierung ausgeht und der Gewinn sich aus der Bewertung der Faktoren und Produkte mit (positiven) Marktpreisen ergibt, werden externe Effekte allenfalls über eine zwangsweise Internalisierung durch staatliche Vorhaben (Auflagen, Abgaben, Subventionen) berücksichtigt. Andererseits wird von immer mehr Unternehmen behauptet, daß sie Umweltschutz als eigenständiges Formalziel neben der (kurzfristigen) Gewinnmaximierung verfolgen. Um derartige Zielsetzungen berücksichtigen zu können, wird in Analogie zur Theorie des Haushalts von dem allgemeinen Ansatz einer (nicht näher spezifizierten) Nutzenmaximierung der Unternehmung ausgegangen. Dies erlaubt es, einige grundlegende Begriffe und Aussagen (z. B. den Begriff effizienter Produktion und das Preistheorem) so zu verallgemeinern, daß umweltrelevante Überlegungen damit erfaßt werden können. Modelltheoretisch wurde dies anhand der Allgemeinen Aktivitätsanalyse untermauert.

Der zweite Vortrag von Prof. Dr. H. Glaser (Universität des Saarlandes) stand unter dem Titel „Kritischer Vergleich ‚alternativer‘ Systeme der Produktionsplanung und -steuerung“. Eine zentrale Produktionsplanung und -steuerung (PPS), wie sie das auch als „traditionelles“ PPS-System gekennzeichnete MRP II-Konzept vorsieht, stößt mittlerweile auf breite Ablehnung. Insbesondere wird bemängelt, daß sich die von einer dem Produktionsbereich übergeordneten Instanz festgesetzten Auftragsbe-

arbeitsreihenfolgen mit stunden- bzw. minutengenauer Vorgabe von Arbeitsgangstartterminen gewöhnlich nicht realisieren lassen; infolge der durch Ungewißheit geprägten Entscheidungssituation seien die Ergebnisse der entsprechenden Feinterminierung gewöhnlich schon bei ihrer Entstehung überholt. Zudem wirke eine strikte Vorgabe von kaum nachvollziehbaren Auftragsbearbeitungsreihenfolgen demotivierend auf das Produktionspersonal. Insofern überrascht es nicht, daß zunehmend „dezentrale“, eine Verteilung von Entscheidungskompetenzen vorsehende PPS-Ansätze, wie Belastungsorientierte Auftragsfreigabe, Fortschrittszahlensystem und Kanban, an Bedeutung gewinnen. Im Vergleich zum traditionellen Konzept werden die betreffenden Ansätze auch als „alternative“ bzw. „moderne“ PPS-Systeme eingestuft. Die gemäß diesen Ansätzen bei der Feinterminierung bzw. Fertigungssteuerung zu beachtenden allgemeinen Ablaufregeln sind derart restriktiv gefaßt, daß von einer Übertragung tatsächlicher Entscheidungsspielräume auf das Produktionspersonal wohl kaum gesprochen werden kann.

„Steuerungsheuristiken für Fertigungssysteme“ war der Titel des Referats von Prof. Dr. O. Rosenberg (Universität Paderborn). Bei gegebenem Potentialfaktorbestand und Produktionsprogrammen sind im Rahmen der Produktionsvollzugsplanung die Bestimmung von Losgrößen, Auftragsreihenfolgen, Terminen und die Auftragsverteilung operativ zu lösende Probleme. In der Vergangenheit sind zahlreiche gemischtganzzahlige Modelle formuliert worden, die auf die simultane Lösung dieser Problemstellungen ausgerichtet sind. Da aber das Gesamtproblem NP-vollständig ist, gibt es keinen Algorithmus, mit dem mit polynomial beschränktem Zeitaufwand eine optimale Lösung berechnet werden kann. So stellt sich die Frage, wie das Gesamtproblem in isoliert zu lösende Teilprobleme aufgeteilt werden kann. Auch für die in dieser Weise vereinfachten Problemstellungen kann die NP-Vollständigkeit im worst-case nachgewiesen werden. Die theoretischen Ergebnisse, die weitgehend auch mit praktischen Erfahrungen übereinstimmen, lassen es als sinnvoll erscheinen, anstelle von nicht zu erreichenden optimalen Lösungen mit Hilfe von Heuristiken möglichst gute Lösungen isoliert für jedes der Teilprobleme zu bestimmen. Derartige vom Vortragenden und seinen Mitarbeitern entwickelte Heuristiken wurden vorgestellt und analysiert. Behandelt wurden ein Arbeitsverteilungsproblem für eine getaktete Einproduktfließlinie, ein Reihenfolgeproblem für eine getaktete Mehrproduktfließlinie und ein Terminierungsproblem für ein mehrstufiges Mehrproduktfertigungssystem. Zunächst wurde jeweils das Problem verbal und formal konkretisiert, dann verschiedene heuristische Verfahren kurz skizziert und auf den mit ihnen verbundenen Rechenaufwand eingegangen. Verschiedene charakteristische Ergebnisse von Simulationen zur Effizienzabschätzung wurden vorgestellt und diskutiert.

In einem letzten Vortrag referierte Prof. Dr. A. Stepan (TU Wien) über „Nutzungsdaueroptimierung und Preispolitik für Komponenten“. Ausgehend von einem Modell der Nutzungsdaueroptimierung unter expliziter Berücksichtigung von Regenerationskostenimpulsen wurden drei Problemkreise diskutiert:

- Vergleich der klassischen Nutzungsdaueroptimierung mit der komponentenorientierten Ermittlung der optimalen Nutzungsdauer durch Restnutzungswertermittlung,
- scaling up der Methode am Beispiel eines Flugzeugs (Boeing 737/767); insbesondere Datengewinnung, Sensitivität des Ergebnisses bezüglich Diskontrate und bezüglich der Preise für ausgewählte Komponenten und
- Ansatzpunkte für die Gestaltung von Preisen für Komponenten unter Berücksichtigung der Beziehungen zwischen Anbieter des Hauptprodukts und Nutzer, Anbieter und Komponentenhersteller, Komponentenhersteller und Nutzer bzw. Anbieter von Serviceleistungen und Nutzer.

Aus der Mitgliederversammlung ist zu berichten, daß der bisherige Vorsitzende und Berichterstatter für ein weiteres Jahr (bis zum 31. 12. 1992) in seinem Amt bestätigt wurde. Die nächste Sitzung des Ausschusses soll unter dem Themenschwerpunkt Betriebswirtschaftliche Aspekte der Principal-Agent-Theory am 24. und 25. April 1992 wieder in Bendorf (Rhein) stattfinden.

Prof. Dr. W. Dinkelbach, Saarbrücken

Sozialwissenschaftlicher Ausschuß

Die Jahrestagung des Ausschusses fand am 25. - 27. April 1991 in Koblenz statt.

Dr. *Hannelore Weck-Hannemann* (Konstanz) berichtet aus einer Studie über die asymmetrische Berufswahl von Männern und Frauen. Die vorgeschlagene ökonomische Erklärung basiert nicht auf unterschiedlichen Präferenzen, sondern auf den komparativen Vorteilen von Frauen bei der Erziehung von Kindern. Dadurch unterbrechen eher Frauen als Männer ihre Berufsausübung für einige Jahre, was insbesondere im Hochschulbereich dazu führt, daß das berufliche Wissen schnell veraltet. Dies erklärt, warum in den naturwissenschaftlichen Fächern, für die die Alterungsrate des publizierten Wissens sehr stark ist, nur wenige Frauen zu finden sind. Diskutiert wurde besonders die Grundannahme, daß der Berufswahl ein individuell rationales Kalkül zugrunde liege.

PD Dr. *Friedel Bolle* (Hamburg) stellt ein Modell vor, das das ultimative Verhandlungsspiel verallgemeinert. Inhaltlich läßt sich eine solche Struktur als Team-Selection deuten. Zunächst könnten die n potentiellen Teammitglieder $i = 1, \dots, n$ festlegen, welchen Betrag a_i sie für ihre Mitarbeit verlangen. Aus den n Bietern kann der Leader dann ein Team $T \subset \{1, \dots, n\}$ zusammenstellen, welches den Bruttogewinn $v(T)$ erwirtschaftet. Die Teammitglieder werden mit ihrem Gebotspreis a_i entlohnt. Der Leader erhält den Nettogewinn $v(T) - \sum_{i \in T} a_i$. Neben der theoretischen Analyse werden auch experimentelle Ergebnisse vorgetragen. Außer Gleichgewichtsüberlegungen spielen auch equal-split und tacit-collusion-Normen eine bedeutende Rolle im Entscheidungsprozeß. Wann aber welches Motiv entscheidungsbildend ist, kann nicht gesagt werden. Das „Framing“ einer experimentellen Situation war Ausgangspunkt einer anregenden Diskussion. Wird eine Situation nicht nur rein formal abgebildet, sondern mit bestimmten Realsituationen verknüpft, so spielen kulturelle und soziale Normen eine besondere Bedeutung für die Begründung der gewählten Alternative durch die Versuchspersonen.

Ausgangspunkt der Arbeit von Prof. Dr. *Helmut Crott* (Freiburg) ist das beobachtbare Phänomen, daß Gremienentscheidungen statistisch signifikant extremer ausfallen als die durchschnittlichen Individualentscheidungen. Aufbauend auf Argumenten, die in der psychologischen Literatur diskutiert werden, stellt Crott ein probabilistisches Modell vor, das den Entscheidungsprozeß in Gremien nachbildet, die über ein Strafmaß zu urteilen haben. Der Gruppendruck, gemessen in der Anzahl der Gremienmitglieder, die eine bestimmte Alternative präferieren, wird als die entscheidende Variable für die Wahrscheinlichkeit angesehen, daß ein Gremienmitglied sein Urteil revidiert. Die Systemparameter für diese Übergangswahrscheinlichkeiten werden anhand von experimentellen Beobachtungen geschätzt.

Prof. Dr. *Bruno Frey* (Zürich) referierte zu dem Thema „Preise, Regulierung und intrinsische Motivation“. Nach Ansicht des Referenten betrachtet die ökonomische Theorie die Präferenzstruktur der Entscheider als eine exogene Größe. Sie untersucht nur, wie die relativen Preise das Verhalten der Agenten beeinflussen. Frey erweitert

diesen Ansatz durch die Einbeziehung von intrinsischer Motivation (Freude an der Sache selbst) in das ökonomische Erklärungsmodell. Insbesondere bedarf es einer Klärung, wie die intrinsische Motivation durch extrinsische Instrumente beeinflusst wird. In der Umweltpolitik, der ökonomischen Theorie der Kriminalität, der Organisationen und des Militärs zeigt der Referent besondere Anwendungsbeispiele für dieses erweiterte Modell. In der Diskussion wurde angedeutet, daß die Beeinflussungsrichtung der intrinsischen Motivation sehr von der Persönlichkeitsstruktur des Entscheiders abhängig sei. Wann Belohnung bzw. Bestrafung ein Motiv verstärkt oder schwächt, kann nicht generell beantwortet werden. Dies erschwert eine empirische Evidenzüberprüfung des Ansatzes.

Prof. Dr. *Wolfgang Gerke* (Mannheim) stellt eine Modellbörse an der Universität Mannheim vor, in der möglichst realitätsnah das Verhalten auf einer Parkettbörse und einer Computerbörse untersucht werden kann. Die Computerbörse besteht aus Szenariendateien, die eine große Vielfalt von vorgegebenen Umweltentwicklungen als experimentelle Rahmensituation ermöglichen, dem eigentlichen Börsensystem, das unterschiedliche Informationsverflechtungen der Börsenteilnehmer erlaubt, den Handelsregeln und anderen Institutionen.

Dieses umfangreiche System macht es möglich, vielfältige Fragestellungen zu untersuchen, wie z.B. die Kursverläufe von der „Umweltentwicklung“ abhängen, ob die Teilnehmer die zur Verfügung stehende Information nutzen, das Risikoverhalten von Anlegern usw. Der Referent konnte auch schon erste vorläufige Ergebnisse vorstellen. In der Diskussion wurde bedauert, daß ein solch ausgereiftes System nicht von mehreren Forschungsgruppen genutzt werden kann.

Im abschließenden Vortrag berichtet PD Dr. *Axel Ostmann* (Saarbrücken) von ersten Ergebnissen der Saarbrücker Wahlbörse zur Bundestagswahl 1990 bezüglich ihrer Stimmanteile. Hauptziel ist hierbei weniger, die Prognosefähigkeit des Börsenmarktes zu untersuchen, wie bei den Wahlmärkten in Bonn, Frankfurt/Main und Leipzig, sondern abzuklären, wie „Hintergrunddaten“ das Verhalten steuern. Zu diesem Zweck mußten die Teilnehmer umfangreiche Fragebögen zu Entscheidungsregeln und ihrem Risikoverhalten zu Beginn, an jedem der vier Börsentage und am Ende beantworten. Die offene Form der Fragestellung erschwert die systematische Auswertung. Papiere, d.h. Parteien, die von den Versuchspersonen als „gut einschätzbar“ bezüglich ihrer Stimmenanteile befunden wurden, werden tendenziell eher gehalten als „schlecht einschätzbare“. Allgemeinere Risikoindikatoren lassen sich allerdings nicht schlüssig diagnostizieren.

Professor Dr. *Otwin Becker* (Universität Heidelberg) wurde zum neuen Vorsitzenden und Professor Dr. *Wulf Albers* (Universität Bielefeld) zu seinem Stellvertreter gewählt.

Prof Dr. W. Güth, Dr. P. Ockenfels, Frankfurt a.M.

Finanzwissenschaftlicher Ausschuß

Die Arbeitstagung des Ausschusses fand vom 22. bis 24. Mai 1991 in München zu dem Generalthema „Ausgewählte Probleme der EG-Finzen“ statt.

Prof. Dr. *Wolfgang Wiegard* (Regensburg) referierte über „Quantitative Aspekte einer Harmonisierung der Umsatzsteuern in der EG“. Nach einem einleitenden Überblick über den gegenwärtigen Stand der Harmonisierung der Mehrwertsteuer erfolgte eine modelltheoretisch ausgerichtete Erläuterung von Funktionsweise und Belastungskonzeption alternativer Umsatzsteuerregelungen (gegenwärtig praktiziertes

Bestimmungslandprinzip, Übergangssystem für die Periode vom 1.1.1993 bis 31.12.1996, Gemeinschaftsprinzip, ab 1997 geplantes Clearing-System). Anschließend skizzierte der Referent die Grundlagen der Simulationsrechnungen: Die Struktur des zugrundeliegenden allgemeinen Gleichgewichtsmodells, die Konstruktion der Datenbasis sowie ein als Kalibrierung bezeichnetes Verfahren zur Abstimmung von theoretischem Modell und Datenbasis. Numerische Modelle der verwendeten Art weisen einen hohen Grad an Komplexität auf, der zu Schwierigkeiten sowohl bei der Ergebnisinterpretation als auch bei der Überprüfung der Richtigkeit des Modells führt. Aus diesem Grund untersuchte Wiegand die für die Thematik relevanten, grundlegenden ökonomischen Wirkungszusammenhänge und wies nach, daß das numerische Modell die aufgrund theoretischer Überlegungen zu erwartenden Ergebnisse generiert. Im letzten Teil stellte der Referent die Simulationsergebnisse vor. Es zeigte sich, daß die Aufkommens- und Wohlfahrtseffekte beim Wechsel vom Bestimmungslandprinzip zu einem der alternativen Besteuerungsprinzipien für die EG insgesamt relativ gering, für die einzelnen Mitgliedsstaaten jedoch zum Teil erheblich sind. Die geringsten Wohlfahrtswirkungen verursacht der Übergang zum Clearing-System.

An das Referat schloß sich eine intensive *Diskussion* an, in deren Mittelpunkt die der Untersuchung zugrundeliegende Methodik sowie Möglichkeiten der Modellerweiterung standen.

Prof. Dr. Rolf Caesar (Bochum) beschäftigte sich mit „Kreditoperationen im Finanzsystem der EG“. Nach einer Abgrenzung der relevanten Träger und Transaktionen sowie einer Systematisierung der EG-Kredite erfolgte eine detaillierte Darstellung der einzelnen Kredittransaktionen. Der Referent unterschied hierbei Zahlungsbilanzkredite, Strukturkredite, fiskalische Kreditoperationen sowie EG-externe Kreditoperationen. Besonders herausgestellt wurde in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß sich trotz institutioneller Restriktionen fiskalische Kreditoperationen in der Praxis der EG-Haushaltsführung finden. Sie entstanden während der achtziger Jahre als Notlösung zur Überwindung unvorhergesehener Zahlungsengepässe und haben die Form von Zahlungszielkrediten. Im zweiten Hauptteil analysierte Caesar Rechtfertigungsmöglichkeiten und Instrumentaleffizienz von Struktur- und fiskalischen Krediten. Unter Zugrundelegung der traditionellen Rechtfertigungsansätze für öffentliche Verschuldung ergeben sich differenzierte Ergebnisse für die einzelnen Kreditoperationen. Im Falle der Strukturkredite an private Akteure konstatierte der Referent ökonomische Plausibilität, sofern die Zielsetzungen gestaltungs- oder regionalpolitischer Art sind. Strukturkredite an öffentliche Kreditnehmer stellen für den gesamten öffentlichen Sektor eine zweckgebundene Form fiskalischer Verschuldung dar. Allokative Rechtfertigungsmöglichkeiten sah Caesar in diesen Fällen nur für bestimmte Finanzierungsobjekte wie z.B. EG-weite Verkehrs- oder Kommunikationsinvestitionen. Im Hinblick auf die nicht zweckgebundenen fiskalischen Kredite wurde die Unbedenklichkeit einer Aufnahme kurzfristiger Fremdmittel am Geldmarkt betont, eine längerfristige Verschuldungskompetenz beim derzeitigen Integrationsstand jedoch abgelehnt.

Im Rahmen der nachfolgenden *Diskussion* erfolgte eine ausführliche und überaus kontroverse Auseinandersetzung mit den Möglichkeiten der Rechtfertigung einer Verschuldungskompetenz auf EG-Ebene.

Prof. Dr. Heinz Grosseckthler (Münster) referierte über das Thema „Der Budgetierungsprozeß in der EG – Analyse und Kritik aus ökonomischer Sicht“. Zur Fundierung der weiteren Untersuchung wurden zunächst Bedeutung, Struktur und Entwicklung des Gesamthaushalts seit 1980 skizziert. Daran anschließend leitete der Referent die Funktionen ab, die das öffentliche Haushaltswesen in seiner Rolle als

Controllingsystem erfüllen soll. Durch die Gegenüberstellung dieser Mindestanforderungen mit der tatsächlichen Praxis von Haushaltsplanung, -vollzug und -kontrolle in der EG sowie durch eine Analyse der Rechnungshofberichte arbeitete Grosseckttler die wesentlichen Mängel im EG-Haushaltswesen heraus. Schwachstellen wurden aufgezeigt hinsichtlich der Planungsinhalte der Einnahmen – Ausgabenrechnung und der verfügbaren Instrumente, hinsichtlich der Wirtschaftlichkeitskontrolle und der Vervollständigung des Controllingsystems, hinsichtlich des Veranschlagungs- und Durchführungsprozesses, hinsichtlich des Kontrollprozesses sowie hinsichtlich der Erfüllung wesentlicher Budgetgrundsätze. Als Verbesserungserfordernisse betonte Grosseckttler insbesondere die Schaffung eines Systems von finanziellen Reserven und Anpassungsreaktionen zur Abwendung von Finanzkrisen, die Notwendigkeit des Ausbaus bzw. der Schaffung einer Vermögens- und einer Kostenrechnung, die Errichtung einer Instanz, die über Ausgabenprioritäten entscheidet, die Verbesserung einer mitschreitenden Kontrolle sowie eine stärkere Verankerung der Haushaltsgrundsätze der Öffentlichkeit und der Wahrheit, Klarheit und Genauigkeit.

Im Anschluß an das Referat *diskutierten* die Teilnehmer intensiv über die Angemessenheit der im Referat hergeleiteten Anforderungen an den Budgetierungsprozeß und über die Realisierungsmöglichkeiten einzelner Verbesserungsvorschläge.

Die Arbeitstagung 1992 soll zu dem Thema „Finanzwissenschaftliche Probleme des deutsch-deutschen Vereinigungsprozesses“ in Essen stattfinden.

Prof. Dr. K.-H. Hansmeyer, Köln

Ausschuß für Bevölkerungsökonomie

Auf der Sitzung des Ausschusses vom 31. 1. bis 2. 2. 1991 in Wiesbaden wurden sieben Referate vorgetragen und diskutiert.

Prof. Dr. *Stefan Homburg* (Universität Bonn) analysierte in seinem Vortrag „Ein Kapitaldeckungsverfahren ohne Kapital“ die Wirkungsweise dieses Systems. In einer Wirtschaft ohne reproduzierbares Realkapital sparen die Jüngeren in Form des Kaufes von Land, welches sie im Alter verkaufen. Land als Produktionsfaktor erbringt mit der Bodenrente eine offene Rendite und erfährt in einer wachsenden Wirtschaft zugleich eine Wertsteigerung. In der Modellökonomie mit Cobb-Douglas Nutzen- und Produktionsfunktionen reagiert die Rendite dieses „Kapitaldeckungsverfahrens“ auf Änderungen des Bevölkerungswachstums wie die Rendite eines reinen Umlageverfahrens. Allerdings übersteigt die Rendite des Kapitaldeckungsverfahrens auf Dauer die Rendite des Umlageverfahrens.

Prof. Dr. *Bengt-Arne Wickström* (Universität Linz) hielt einen Vortrag zum Thema „Politische Nachfrage nach Rentenversicherung in einer alternden Bevölkerung“. Er stellte die Frage nach dem optimalen Beitragssatz für ein Individuum in einem nach dem Umlageverfahren aufgebauten Rentenversicherungssystem und diskutierte den Einfluß verschiedener demographischer und ökonomischer Variablen auf den optimalen Beitragssatz.

Das Referat von Prof. Dr. *Gerhard Wagenhals* (Universität Paderborn) beschäftigte sich mit dem „Arbeitsangebot verheirateter Frauen in der Bundesrepublik Deutschland“. Der Referent präsentierte ein neoklassisch mikroökonomisches Modell. Es basiert auf der Annahme, daß eine Frau ihr Arbeitsangebot so wählt, daß sie die angenommene (Box Cox-)Haushaltsnutzenfunktion unter Berücksichtigung der Budgetrestriktion maximiert. Die Daten für die empirische Überprüfung lieferte das Sozio-

ZWS 112 (1992) 1

Ökonomische Panel des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung. Das ökonomisch geschätzte und getestete Modell wurde zu einem Simulationsexperiment verwendet, mit dessen Hilfe die Beschäftigungs- und Verteilungswirkungen der dreistufigen Steuerreform 1986, 1988, 1990 untersucht werden. Die Ergebnisse zeigen, daß die Einkommensteuerreform die Zahl der gewünschten Arbeitsstunden und die Effizienz des Steuersystems erhöht haben und die Verteilungswirkungen praktisch vernachlässigt werden können.

Prof. Dr. *Klaus Zimmermann* und Dipl. oec. *Lucie Merkle* (Universität München) referierten über „Demographische Determinanten der Arbeitsmobilität“. Sie verwendeten einen Datensatz für die Bundesrepublik Deutschland und untersuchten, ob und inwiefern die demographischen Variablen Alter, Kohortengröße, Familienstand und Familiengröße die Häufigkeit des Stellenwechsels und der Arbeitslosigkeit beeinflussen. Aufgrund der ordinal skalierten endogenen Variablen werden Poisson- bzw. negative Binomialmodelle und zum Vergleich ordinale Probitmodelle geschätzt. Ihre Schätzungen erbrachten für beide Modellvarianten die Ergebnisse, daß die demographischen Merkmale Alter, Familienstand und das Vorhandensein von Kleinkindern die Häufigkeit des Stellenwechsels innerhalb einer Periode von 5 Jahren in der erwarteten Weise beeinflussen. Die genannten Variablen spielen für die Erklärung der Anzahl von Arbeitslosigkeiten nur eine sehr geringe Rolle.

Prof. Dr. *Heinz Grohmann* (Universität Frankfurt) gab mit seinem Referat „Mikrozensus im Wandel“ einen Bericht über die Arbeit des Wissenschaftlichen Beirats für Mikrozensus und Volkszählung.

Die beiden letzten Referate befaßten sich mit Migrationsmodellen. Prof. Dr. *Gerhard Schwödiouer* und Prof. Dr. *Alois Wenig* (Universität Bielefeld) präsentierten in ihrem Referat „Soziale Mobilität und Migration: Der Zwei-Länder-Fall“ ein mit einem makroökonomischen Produktionsmodell integriertes Champernown-Modell der Einkommensverteilung. Sie unterstellen einen Markovprozeß der sozialen Mobilität, bei welchem ein Individuum in jeder Periode mit konstanten Wahrscheinlichkeiten in seiner Einkommensklasse verharret, in die nächst höhere Klasse aufsteigt bzw. in die nächst niedrigere Klasse absteigt. Das Verhältnis der Aufstiegswahrscheinlichkeit zur Abstiegswahrscheinlichkeit wird zum fundamentalen Parameter der sozialen Mobilität.

Der Vortrag von Prof. Dr. *Gerhard Schmitt-Rink* (Universität Bochum) über „altersspezifische Migration und Einkommensverteilung“ diskutierte im Rahmen eines demographischen Mehr-Generationen-Modells und neoklassischen Zwei-Länder-Wachstumsmodells den Einfluß konstanter Ein- und Auswanderungsquoten auf die Gleichgewichtswachstumsraten der Bevölkerung und des Arbeitsangebots und damit auf die Gleichgewichtswerte der Faktorpreise und Faktorquoten in beiden Ländern. Konstante altersspezifische Migrationsquoten führen im gesetzten Rahmen zu einer vollständigen Angleichung der Bevölkerungswachstumsraten, bei übereinstimmenden Produktions- und Sparfunktionen also auch zur Angleichung der Faktorpreise und Faktorquoten. Der Faktorpreisausgleich läuft derart über die internationalen Faktor- und nicht über die Güterströme und -preise. Es wird gezeigt, daß abweichende nationale Sparfunktionen einen vollständigen Faktorpreisausgleich verhindern oder die bestehenden Faktorpreisdifferenzen sogar vergrößern.

Prof. Dr. G. Steinmann, Paderborn

Ausschuß für Geldtheorie und Geldpolitik

Der Ausschuß traf sich zu seiner 22. Sitzung am 21. und 22. Juni in Frankfurt am Main. Er tagte nicht wie üblich allein in dem Gebäude der Deutschen Bundesbank, sondern den Vormittag des ersten Tages in der Landeszentralbank in Hessen. Anlaß war eine Einladung ihres Präsidenten, Dr. *Karl Thomas*, den Ausschußmitgliedern in der Hauptstelle der Landeszentralbank die Einführung der Elektronischen Abrechnung (EAF) des Zahlungsverkehrs, neben der noch weiterhin die manuelle Abwicklung erfolgt, zu zeigen und zu erklären sowie die Planungen für den zukünftigen DM-Abrechnungsverkehr zu erläutern.

Die Sitzung war dem Generalthema wenig behandelter Fragen der Verwirklichung der Europäischen Währungsunion gewidmet. Eröffnet wurde die Sitzung im historischen Notenbanksaal des Gebäudes der Landeszentralbank – historisch, weil dieser Raum von 1948 - 1972 Sitzungssaal des Zentralbankrates war, hier also die Geldpolitik nach Schaffung der DM wesentlich geprägt wurde. Das Eingangsreferat hielt als Gast PD Dr. *Peter Bofinger* (Konstanz) zum Thema „Probleme der geldpolitischen Koordination: Stufe 2“. Bekanntlich schreibt der Delors-Bericht der 2. Stufe zur schrittweisen Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion die Ratio zu, als „Trainingsphase“ für den Endzustand zu dienen, d.h. die geldpolitischen Entscheidungsinstanzen sollten sich quasi auf ihre Aufgaben im einheitlichen Währungsraum einüben. Der Autor belegt seine These, daß sich final aus den Aufgaben und Problemen der vergemeinschafteten Geldpolitik weder Umfang noch Art eines Einübungsbedarfes in Stufe 2 herleiten läßt, weil mit der Festschreibung der Währungsparitäten und der Übertragung der nationalen geldpolitischen Kompetenzen auf die Gemeinschaftsebene die aggregierte Geldpolitik eine neue Qualität erhält. Koordinierungskonzepte für die Stufe 2 können ihre Berechtigung nur daraus beziehen, daß der für die Stufe 3 erforderliche Grad an makroökonomischer Konvergenz noch nicht hinreichend erreicht worden ist. Der Autor diskutiert die praktische Eignung verschiedener theoretischer Konzeptionen für die geldpolitische Koordinierung in Europa; so u.a. den Leitwährungsansatz von Brunner, die Geldmengensteuerung auf aggregierter Ebene nach McKinnon, eine europäische Mindestreserve-Regelung. Bofinger gibt dem Leitwährungsansatz den Vorrang, da er ohne grundlegende Änderungen in den nationalen geldpolitischen Steuerungstechniken realisiert werden kann, allerdings eine größere Bereitschaft zu periodischen Realignments im EWS bedingt.

Professor Dr. *Hans-Edi Loeff* (Siegen) legte seinem Referat „Regelgebundene Geldpolitik für Europa?“ Simulationsstudien (auf der Basis von Strukturgleichungen) für Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien zugrunde. Es geht um das Problem, ob die konkreten Regelvorschläge zur Geldbasissteuerung von Friedman-Meltzer und McCallum in der Lage sind, das Preisniveau zu stabilisieren bzw. die Inflationsrate zu reduzieren. Nach den Simulationsergebnissen kann keine der untersuchten Regeln in ein Gesetz oder gar in die Verfassung eingebaut werden. Eine verbindliche Regel, in Form einer Rechtsvorschrift, zur Lösung des Zeitinkonsistenzproblems der Geldpolitik ist nicht realisierbar. Eine Kombination aus unabhängiger Zentralbank und einem pragmatischen Instrumenteneinsatz entsprechend dieser Regel erscheint dagegen praktikabel. Die Friedman-Meltzer-Regel ist dabei der McCallum-Regel überlegen, weil sie weniger diskretionäre Elemente enthält und nicht für jedes europäische Land individuell zu konzipieren ist. Auch für eine gemeinsame Zentralbank deuten die Simulationstests – bei aller skeptischen Zurückhaltung – darauf hin, daß die Anwendung einer Regel helfen würde, das Preisniveau zu stabilisieren bzw. die Inflationsrate zu senken.

Professor Dr. *Roland Vaubel* (Mannheim) stellte die Frage: „Die Deutsche Bundesbank als Modell für eine Europäische Zentralbank?“ Er gibt seine Antwort auf der Basis einer Public-Choice-Analyse, und sie lautet: Nein. Die geldpolitische Unabhängigkeit der Europäischen sei relativ zu der der Deutschen Bundesbank zu erweitern und ihre budgetpolitische Autonomie einer externen Kontrolle durch einen unabhängigen Europäischen Rechnungshof zu unterwerfen. Der Autor begründet seine Aussagen empirisch. Neben einer Analyse der Zielfunktion und des Aufwandverhaltens der Deutschen Bundesbank ist für Vaubel entscheidend, daß er eine hinreichende empirische Evidenz für einen politischen Konjunkturzyklus gewinnt, der sich aus der „Parteipräferenz-Hypothese“ erklären läßt. Die Mitglieder lassen sich nach seinen Ergebnissen in ihren geldpolitischen Entscheidungen von parteipolitischen Präferenzen in folgender Weise leiten: Wenn sich die Mehrheitsverhältnisse im Zentralbankrat gegenüber der letzten Vorwahlperiode zugunsten der Bundesregierung verändern, steigt die Geldmengenexpansionsrate in der Vorwahlperiode (gegenüber der letzten Vorwahlperiode); wenn sie sich zuungunsten der Bundesregierung verändert, tritt das Gegenteil ein. Professor Dr. *Manfred J. M. Neumann* (Bonn) setzte sich in einem Koferat mit den Thesen von Vaubel auseinander. Er kommt zu dem Schluß, daß ein systematisches Parteigängertum der Mitglieder des Zentralbankrates aufgrund der bisher vorliegenden Beobachtungen nicht zu belegen sei. Das ist für ihn ein ermutigendes Ergebnis, weil demnach durch entsprechende Gestaltung des Notenbankstatuts parteipolitische Einflüsse auf die Geldpolitik so gut wie ausgeschlossen werden könnten. Neumann stimmt deshalb im Grundsatz den normativen Aussagen Vaubels zur Ausgestaltung der Verfassung der Europäischen Zentralbank zu.

Die 23. Sitzung findet Mitte Februar 1992 statt und soll sich schwerpunktmäßig weiterhin der Europäischen Währungsunion sowie der Makroökonomik offener Volkswirtschaften widmen. Es ist vorgesehen, die Referate der 22. und 23. Sitzung zusammengefaßt in der Schriftenreihe des Vereins für Socialpolitik zu veröffentlichen.

Auf der Mitgliederversammlung der 22. Sitzung wurde Professor Dr. *Dieter Duwendag* (Speyer) zum Vorsitzenden des Ausschusses für Geldtheorie und Geldpolitik gewählt.

Prof. Dr. J. Siebke, Heidelberg

Ausschuß „Wirtschaftswissenschaft und Ethik“

Die Tagung des Ausschusses fand vom 7. bis 9. 2. 1991 in Arnoldshain bei Frankfurt statt. Sechs Referate wurden gehalten und diskutiert.

Prof. Dr. *H. Hesse* (Landesbank Niedersachsen, Hannover): „Wirtschaftliches Handeln in Verantwortung für die Zukunft – Eine Ortbestimmung aus evangelischer Sicht“.

Herrn Hesses Referat diene vornehmlich der Unterrichtung über eine neue Denkschrift, die in der EKD – unter seiner Mitarbeit – vorbereitet wurde (und inzwischen erschienen ist). Im Gegensatz zu früheren Denkschriften der EKD sei das Verhältnis von ethischer Kritik und sachlicher Akzeptanz der ‚sozialen Marktwirtschaft‘ präziser bestimmt, wie es im Referat an „fünf verschiedenen zentralen Aussagen“ verdeutlicht wurde: 1. „Das Gute ist relativ“, worin die dynamischen Aspekte der Anpassung der Wirtschaftsordnung an die sich wandelnden Bedingungen des wirtschaftlichen Umfeldes erörtert werden. 2. „Der marktwirtschaftliche Weg verdient eindeutig den

Vorzug. Er erlaubt ein sachgerechtes und zugleich ein menschengerechtes wirtschaftliches Handeln“ (unter dem Einfluß der A. Rich'schen Sozialethik). 3. „Die moralische Akzeptanz und mit ihr die ‚Überlebensfähigkeit‘ der Marktwirtschaft hängt weitgehend von der Zustimmung der Bürger zur staatlichen Rahmenordnung ab“, womit nicht der Marktmechanismus als solcher, sondern die der Marktwirtschaft gegebene Rahmenordnung ethisch zu verantworten ist. 4. „Die Verknüpfung von Marktwirtschaft und Sozialordnung wird für unverzichtbar gehalten“ und 5. die Erörterung von „Herausforderungen an die Zukunftsfähigkeit wirtschaftlichen Handelns“, die – soweit dieser Teil bereits erörtert war – von der Fortentwicklung der Wirtschaftsordnung und der staatlichen Rahmenordnung abhängig gesehen wird. An etlichen Positionen zeigte sich die Intention, die Fragen der ‚Effizienz‘, des ‚Wettbewerbs‘, des ‚Privateigentums‘, der ‚Verteilung‘ etc. als nicht in direktem Widerspruch zu moralischen Normen stehend zu betrachten, sondern auch in den kirchlichen Kreisen ein Problembewußtsein zu erzeugen, um sich – ohne Verlust der theologischen Dispositionen – mit der Marktwirtschaft offener und sachgerechter auseinandersetzen zu können.

Prof. Dr. H. Müller-Merbach (Kaiserslautern): „Ethik und Interdisziplinarität“.

Herrn Müller-Merbachs Referat bemühte sich um die Frage „interdisziplinärer Kooperation“, die für die Erörterung moderner ethischer Probleme eine *conditio sine qua non* sei. In sechs Thesen trug er seine Konzeption vor: 1. „Es gibt keine monodisziplinären Probleme“. 2. „Die heutige Welt entwickelt sich in ständigem Wirkungsverbund von technischem Fortschritt, wirtschaftlichem Wachstum und gesellschaftlichem Wandel“. 3. „Die Wissenschaften im interdisziplinären Verbund als Kooperationspartner für die Ethik“. 4. „An den Universitäten werden die Studenten auf intrapersonal interdisziplinäres Denken nicht vorbereitet“. 5. „Interpersonelle, interdisziplinäre Zusammenarbeit setzt intrapersonales interdisziplinäres Denken voraus“, und 6. „Die Führung von interdisziplinären Gruppen bleibt eine Aufgabe besonderen Schwierigkeitsgrades“. Die Erörterungen führten zu praktischen Fragen einer Studienneuroorganisation, insbesondere bei den Wirtschaftsingenieuren.

Prof. Dr. H. G. Nutzinger (Kassel): „Der Begriff der Verantwortung aus ökonomischer und sozialetischer Sicht“.

Die Verantwortung – obschon kein genuin ökonomischer Begriff, wie Nutzinger an der Konzeption des Pareto-Optimums darlegte, das nur eine Art von Verantwortlichkeit für das Erreichen von Gleichgewichtspreisen ermögliche – tritt in ökonomischen Zusammenhängen in kollektiven Institutionen zutage, wie am Beispiel der Haftpflicht, der Sozialversicherungen und an den staatlichen Budgetierungsprozessen gezeigt wurde. Fehlen ökonomische Anreize, kann durch negative Sanktionssysteme allein keine Erklärung für die relative Stabilität kollektiver Finanzierungs- und Leistungssysteme gegeben werden; auch die „ethische Bildung der Individuen“ ist besonders dort in Betracht zu ziehen, wo die Externalitäten internalisierenden Kollektivinstitutionen neue „Verantwortungsdilemmata“ erzeugen. Gerade die „Differenz zwischen Modellannahme und wirtschaftlicher Realität“ erfordere „verantwortliches individuelles und kollektives Handeln“: die „Endlichkeit des Menschen“ evoziert „immer wieder fehlerhafte Entscheidungen“, die durch die prinzipielle „Fehlerfreundlichkeit“ der marktlichen Koordination aufgefangen wird, nicht aber in den Fragen des „zentralen Problems menschlicher Verantwortlichkeit gegenüber zukünftigen Generationen“. Hier entstünde ein „ethischer Handlungsbedarf“, der aus der Ökonomie selbst nicht erschlossen werden kann.

Professor Dr. H. Lübke (Zürich): „Ökonomie und Ökologie im real existent gewesenen Sozialismus“.

Herrn Lübbes Referat handelte von der Differenz des Sozialismus als „Land der ökologischen Verheißung“ – dem Versprechen der Identität von individuellem und kollektivem Interesse – im Kontrast zum „Elend der sozialistischen Welt“, die zudem immense Umweltschäden produzierte. Zwischen guten Natur- und Abwässerschutzgesetzen und der sozialistischen Realität herrschte eine ungeheure Diskrepanz. Es gab einen „hohen moralischen Dauerton“, aber die ideologische Präferenz lag auf der Produktion, deren Reinvestition ebenso wie deren negative externe Effekte ignoriert wurden. Die Gewinne aus der Vermeidung von Kosten standen nicht zur Disposition des Vermeiders. Der „sozialistische Wettbewerb“ kannte keine ökologischen Prämien. Der moralische Anspruch versagte gegenüber dem totalitären Handlungsregime, das selbst pragmatische Probleme politisierte und moralisierte, um aus dem postulierten Kollektivitätsausweis die zentralistischen Direktiven nurmehr wieder bestätigt zu finden. Moral und ein nur technisches Verständnis von Produktion erzeugten Illusionen, die die Voraussetzungen ihrer Existenz nicht einmal mehr erwägen konnten.

PD Dr. Dr. J.-L. Arni (Zürich): „Wirtschaftswissenschaft und Ethik“.

Herr Arni bot einen wissenschaftstheoretisch orientierten Überblick über die neueren Debatten zum Verhältnis von Ethik und Ökonomie. Über die Erörterungen des „Unbedingtheitsanspruchs“ der Ethik, d. h. in Auseinandersetzung mit der „Diskursethik“, gelangte er zu der Frage, inwieweit die Ökonomie „Fundierungs- oder Begründungsleistungen für die Ethik erbringen kann“, mit dem negativen Resultat, daß selbst solche Ansätze, die eine rationale (z. B. spieltheoretische) Moralbegründung vorschlagen, zwar von ökonomischen Analyserastern Gebrauch machen, aber keineswegs als „ökonomische Grundlegung der Ethik“ zu verstehen seien. Arni plädierte für einen „sinnvollen Austausch zwischen Ökonomie und Ethik“, vornehmlich über „Maße, Kriterien, Prinzipien und Konzepte“, was er im weiteren an einer Erörterung zur Frage der „moralischen Präferenz“ exemplifizierte.

Prof. Dr. G. Gäfgen (Konstanz): „Wirtschaftlichkeit und medizinische Berufsethik“.

Die „ärztliche Berufsethik“ ist besonders gefordert, da die „Ignoranz des Konsumenten hinsichtlich der fachlichen Qualität des Anbieters“ besonders ausgeprägt sei. Die ältere (ständische) Idee einer beruflichen Pflichtenlehre diene dazu, Vertrauen in die ärztliche Leistung unabhängig von Gewinnerorientierungen zu schaffen, doch ist die Spannung zwischen kollektiver Moral und Wirtschaftlichkeit nicht aufhebbar, sondern stellt sich immer wieder in neuen Formen. Die geforderte „Wirtschaftlichkeit als Kostenbegrenzung“ – als „bloße Kostenbegrenzung“ – habe keine „sozialethische Grundlage“, die vielmehr erst durch eine „Wirtschaftlichkeit als Kosteneffektivität“ erlangt werden könne: erst sei das, wie auch immer zu bestimmende, anzustrebende Behandlungsergebnis zu definieren, bevor dann zu entscheiden sei, wie man es mit den geringstmöglichen Kosten erreichen kann. Zudem sei die „Wirtschaftlichkeit als Gesamteffizienz“ zu betrachten: „Effizienz kann also nur durch Rücksichtnahme auf die Versichertengemeinschaft als Ganzes bei der Entscheidung für ein Behandlungsverfahren in jedem Einzelfall erreicht werden“. Die – sehr viel genaueren – Erörterungen gingen auf das Resultat hinaus, daß „Effizienz ... im Sinne einer Wertordnung ein dienendes Prinzip“ sei.

Dr. Birger P. Priddat, Witten/Herdecke